

Der große Dienst des Jan Böhmermann

Dank des TV-Satirikers können Historiker endlich offen über die Rückforderungen der Hohenzollern und deren Rolle in der NS-Zeit diskutieren | Von Thomas Schuler

Als der Historiker Stephan Malinowski im August 2015 in der ZEIT über den „braunen Kronprinz“ (so die Überschrift), die Rolle der Hohenzollern beim Aufstieg des Nationalsozialismus sowie die Nähe des Kronprinzen zu Hitler schrieb, zogen die Hohenzollern zwar nicht die Richtigkeit seiner Kernaussagen in Zweifel; der Text steht bis heute online. Aber sie gingen juristisch gegen Malinowski vor, wie er im September in einem Interview mit dem Tagesspiegel offenlegte – angeblich, weil er private Dinge aus seinem Gutachten öffentlich gemacht hatte. Dabei hatte er nüchtern über die Ergebnisse seiner Forschung referiert. Die Auseinandersetzung ist auf einem Fachportal online dokumentiert: <https://open-jur.de/u/888924.html>.

Immer wieder gab es im Laufe der Jahre einzelne Berichte über Versuche der Hohenzollern, gerichtlich Öffentlichkeit zu verhindern. Einmal wollten sie sogar Behörden verbieten lassen, über den Streit um die Entschädigung zu informieren – und Unterlagen vor Gericht. Historiker und Journalisten sollten unter dem Vorwand, sie würden Privatgeheimnisse ausplaudern, juristisch zum Schweigen gebracht werden. Dabei referierten sie lediglich über ihre Forschungen. Die Hohenzollern sollen – teilweise wegen Nebensächlichkeiten – angeblich gegen RBB, ZEIT, SPIEGEL, FAZ, Frankfurter Rundschau, Cicero, Deutsche Welle und andere vorgegangen sein. Alles im Verborgenen.

Wenn also später einmal namhafte Historiker unter ihresgleichen darüber streiten werden, wie es eigentlich dazu kommen konnte, dass namhafte Historiker über viele Jahre einen skurrilen, aber zugleich bedeutsamen Streit über Adel, Macht, Moral, Geld und die geschichtliche Verantwortung für Hitlers Machtergreifung im Verborgenen führten, dann werden sie über den namhaften Historiker Jan Böhmermann sprechen müssen. Genauer: über den Historiker im Satiriker und seine Fähigkeit, komplizierte Dinge, die bis dahin kein großes Publikum erreichten, in die breite Öffentlichkeit zu bringen. Denn dass eine Satirensendung den Wendepunkt in diesem Historikerstreit markiert und die Historiker (und Juristen) nun offen und öffentlich diskutieren können, verdanken sie tatsächlich dem Fernsehsatiriker Böh-



Mittendrin: Kronprinz Wilhelm zwischen dem Stabschef der SA Ernst Röhm (vorne links) und Reichsarbeitsminister Franz Seldte (vorne rechts) auf einer Propaganda-Postkarte der 30er Jahre.

mermann. Der aktuelle Wendepunkt in der Debatte über die Rückforderungen des Hauses Hohenzollern klingt selbst, als sei er dem Drehbuch einer Satirensendung entnommen.

Als Böhmermann Mitte November seine ZDF-Sendung dem Streit um die Hohenzollern widmete, schuf er Öffentlichkeit auf mehreren Ebenen. Vier Gutachten von Historikern (je zwei für und gegen die Position der Hohenzollern) stehen nun vollständig auf www.hohenzollern.lol – auch das bis dato sogar Insidern unbekannteste und umfangreichste von Wolfram Pyta und Rainer Orth. Seither können Historiker über deren Argumente und Belege diskutieren.

Wichtig ist das, weil seit Mitte Juli bekannt ist, dass Prinz Georg Friedrich vom Bund und von den Ländern Berlin und Brandenburg Tausende von Kunstwerken zurückfordert, die als Leihgaben in staatlichen Museen ausgestellt sind und Werte in dreistelliger Millionenhöhe darstellen. Zudem fordert er Entschädigungen für die Enteignung von Besitztümern auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone nach 1945 in Höhe von mindestens 1,2 Millionen Euro.

Infolge der sowjetischen Besatzung hatten die Hohenzollern das Wohnrecht in Schlössern im Osten verloren, weil die Sowjets ihnen Kollaboration mit den Nazis vorwarfen. Laut Tagesspiegel, der die geheimen Verhandlungen öffentlich machte, geht es außerdem um ein dauerhaftes unentgeltliches Wohnrecht im Potsdamer Schloss Cecilienhof oder zwei anderen Schlossvillen* sowie um ein Mitspracherecht in der musealen Darstellung der Leihgaben der Hohenzollern**.

Es geht um mehr als die Rückforderung von Vermögen einer Adelsfamilie. Es geht um die Umdeutung der Geschichte. Denn das maßgebliche Gesetz aus dem Jahre 1994 schließt Entschädigungen aus, wenn

der Begünstigte dem Nazi-Regime „erheblichen Vorschub geleistet hat“. Obwohl oder weil sich Historiker eigentlich einig sind, wurde aus der Forderung nach Entschädigung eine Debatte um die Rolle des Adels und insbesondere der Hohenzollern im Dritten Reich.

Bereits vor drei Jahren sprachen die Hohenzollern von neuen Quellenfunden, die belegen sollten, dass der Kronprinz 1932 „Hitler verhindern“ wollte. Der Anwalt der Familie, Markus Hennig, betonte, in der Öffentlichkeit sei bislang kaum bekannt, dass die Familie „Kontakte zum Widerstand“ gegen Hitler hatte und dass der Kronprinz von den Verschwörern um Stauffenberg im Erfolgsfall „als Staatsoberhaupt auserkoren“ war. Es klang, als sei der Widerstand das bestimmende Element im Verhältnis der Hohenzollern zu Hitler und den Nationalsozialisten gewesen.

Historiker widersprachen. Stephan Malinowski, der an der Universität Edinburgh lehrt, zum Adel im Dritten Reich forschte und ein Gutachten im Auftrag der Landesregierung von Brandenburg erstellt hat, betonte in der Süddeutschen Zeitung: „Bislang wurde diese Deutung

THOMAS SCHULER

lebt als freier Journalist in München. Er hat Bücher über die Eigentümer von Bertelsmann („Die Mohns“) und die Bertelsmann Stiftung verfasst; schrieb für Süddeutsche Zeitung und den Spiegel, er gründete die gemeinnützige www.prorecherche-lehrredaktion.org.

Die Nato des Herrn Macron

Der französische Präsident provozierte, aber am Ende gaben sich alle eher zahn beim Gipfel in London | Von Ulrich Deppendorf

Das hat Emmanuel Macron zumindest geschafft: Der unberechenbare Donald Trump wurde beim Nato-Gipfel zum emotionalen Verteidiger des Militärbündnisses, das er vor kurzem noch als obsolet eingestuft hatte. Doch die Aussage des französischen Präsidenten vom „Hirntod“ der Nato ging wohl selbst dem US-Präsidenten – und nicht nur ihm – zu weit.

Macron hatte im Vorfeld gezielt provoziert, er will als der große Antreiber Europas und der Nato-Weiterentwicklung gesehen werden. Trump und auch Recep Tayyip Erdogan hatten zurückgeköpelt, und Angela Merkel gab sich für ihre Verhältnisse äußerst ungehalten über den flott provozierenden Franzosen. Doch der große Knall blieb aus. Am Ende des Gipfels waren alle eher zahn-

und lieb miteinander. Zumindest nach außen. Macron, Merkel, Johnson und Trump haben wohl erkannt: Die Nato muss sich neu aufstellen, wenn sie in Zukunft von Russland und China ernstgenommen werden will. Klar ist aber auch: Ohne die USA wird die Nato eher ein militärischer Schwächling werden. Selbst die deutschen Bürger sehen das so, nach dem neuesten ARD-Deutschlandtrend sind 66 Prozent der Ansicht, es sei im europäischen Interesse, ein gemeinsames Militärbündnis mit den USA zu bewahren.

Chinas Machtfülle und bedrohliches Machtstreben führt die Nato-Mitglieder nun vielleicht wieder enger zusammen. Auch über das Verhältnis zu Russland soll neu nachgedacht werden. Die alte Formel von Ronald Reagan – militäri-

scher Druck und gleichzeitiges Verhandeln – wird neu belebt. Ein dauerhafter Streit innerhalb des Bündnisses soll vermieden werden – er würde von Wladimir Putin in alter geheimdienstlicher Tradition wohl genüsslich zu weiteren Spaltungsaktionen gegen Europa und den Westen ausgenutzt. Zugleich ist deshalb aber auch der Versuch richtig, die Kontakte zu Russland eher zu verstärken als

einzufrizieren. Mit allen Chancen, Risiken und Nebenwirkungen.

Macrons Nato-Kritik zeigt auch noch weiterreichende Wirkung. Die Nato richtet eine sogenannte Reflexionsgruppe ein. Zum ersten Mal hat der bislang eher glücklos agierende deutsche Außenminister Heiko Maas mit seinem Vorschlag auf der großen politischen Weltbühne Erfolg: Experten sollen bis 2021 Vorschläge zur Zukunft der Nato ausarbeiten. Es bleibt zu hoffen, dass dies nicht nur Arbeitskreise zur Beruhigung und Aufschreibung der Probleme sein werden. Das wäre fatal für das Militärbündnis angesichts der ganz neuen cybermilitärischen Bedrohungsszenarien.

Diese Welt ist nicht sicherer geworden. Die Träumereien nach dem Mauerfall 1989 von der großen friedlichen Welt-

gemeinschaft sind geplatzt. Die Sicherheitslage in der Nach-Wende-Welt ist fragiler, undurchsichtiger und unübersichtlicher.

Vielleicht bedurfte es wirklich dieser Provokationen Macrons, um die Nato aus ihrer Zerstrittenheit wieder herauszuführen. Dass der französische Präsident dabei natürlich auch stark an den weiteren Ausbau Frankreichs als momentan führende europäische Macht dachte, mag zutreffen, sollte aber nicht als Argument gegen die notwendigen Veränderungen benutzt werden. Diese neue Ausrichtung sollte unabhängig von einem möglichen innenpolitischen Überleben des Präsidenten in Frankreich vorstatten gehen. Die Nato muss weit in die Zukunft denken – mit oder ohne Macron.

Die Nato muss weit in die Zukunft denken – mit oder ohne Macron.

ULRICH DEPENDORF

ist Herausgeber des HAUPTSTADTBRIEFS. Bis April 2015 war er Studioleiter und Chefredakteur Fernsehen im ARD-Hauptstadtstudio.

DIE KOLUMNE AM SONNTAG

Grußworte



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des HAUPTSTADTBRIEFS. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Im Grundgesetz steht: „Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik.“ Die Formulierung im Artikel 65 aber wird ausgehebelt. Im vergangenen Jahr hatte sich Horst Seehofer daran gemacht. „Mir gegenüber hat sie nicht mit der Richtlinienkompetenz gewedelt“, hatte der damalige CSU-Vorsitzende mit Blick auf Angela Merkel gehöhnt, als sich die Bundeskanzlerin und der Innenminister (auch „Verfassungsminister“ genannt) über die Asyl- und Zuwanderungspolitik stritten. Dieser Tage kann noch weniger davon gesprochen werden, die Bundeskanzlerin verfüge über die „Richtlinienkompetenz“. Es sind andere, die die Feder deutscher Politik führen: Annegret Kramp-Karrenbauer, die amtierende CDU-Vorsitzende, Markus Söder, bayerischer Ministerpräsident und CSU-Chef, und ein Dritter, der (wahrscheinlich) erst am Anfang seiner politischen Karriere steht – Kevin Kühnert. Der Jungsozialdemokrat sorgte dafür, dass eine weitere Formel des Grundgesetzes ins Rutschen gerät: „Der Bundeskanzler ernennt einen Bundesminister zu seinem Stellvertreter.“ Merkel hatte Olaf Scholz, SPD, Bundesfinanzminister, „ernannt“. Nach dem Votum der SPD-Mitglieder ist Scholz das nur noch dem Titel nach. Es war Kühnerts Werk, und auch dort gilt: Verfassung und Verfassungswirklichkeit können auseinanderklaffen. Es passt in dieses Bild, dass Merkel jüngst auf dem CDU-Parteitag lediglich ein „Grußwort“ hielt – nicht weniger, vor allem aber nicht mehr.

Von der Partei- und Fraktionsvorsitzenden, die den derzeit gültigen Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD im März 2018 unterzeichneten, ist – außer dem CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt – keiner mehr in seinem ehemaligen Amt. Merkel, Seehofer und Scholz, zum fraglichen Zeitpunkt kommissarischer SPD-Vorsitzender, stehen nicht mehr an der Spitze ihrer Partei. Andrea Nahles (SPD) und Volker Kauder (CDU) sind nicht mehr Fraktionsvorsitzende. Wenn demnächst wieder der „Koalitionsausschuss“ tagt, überwiegen die Teilnehmer, die bei den Verhandlungen 2018 keine oder nur eine Nebenrolle spielten: Kramp-Karrenbauer, Söder, der SPD-Fraktionsvorsitzende Mützenich und die Vorsitzenden seiner Partei, Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans. Die Runde der Parteivertreter trifft sich im Kanzleramt. Sie wird von Merkel, der Bundeskanzlerin, geleitet. Wieso eigentlich von ihr, wieso eigentlich dort? Nennen wir das einen Überrest der „Richtlinienkompetenz“.